



POSITION | Mietendeckel

Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Vermieter fordern Gehör beim Berliner Senat und der Regierungskoalition im Berliner Abgeordnetenhaus

Trotz intensiver Aufklärungsarbeit über die Auswirkungen des Mietendeckels wurden die Interessen der kleinen und mittelständischen Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, der Architekten, Bauingenieure, Planer und Vermieter nicht hinreichend durch den Senat berücksichtigt. Aus diesem Grund hat die Fachgemeinschaft Bau gemeinsam mit einem Bündnis von 25 Verbänden, Innungen, und Initiativen der Bau- und Wohnungswirtschaft am 9. Dezember eine Sternfahrt und eine Kundgebung in Berlin organisiert. Rund 2.000 Teilnehmer mit insgesamt 300 Fahrzeugen brachten ihre Sorge über die Zukunft der Bau- und Wohnungswirtschaft Berlins zum Ausdruck.

Angesichts der in Aussicht gestellten Investitionsrückgänge werden Arbeitsplätze im Bau- und Ausbauhandwerk wegfallen. Das sind keine Schreckensszenarien, sondern ist leider vereinzelt bereits Realität. Kleine und mittlere Betriebe werden die bevorstehende Durststrecke nicht kompensieren können. Insolvenzen und Entlassungen werden die Folge sein.

Das Problem in Berlin angespanntem Wohnungssektor sind nicht die Bestandsmieten, sondern das knappe Wohnraumangebot. Hier muss man ansetzen, indem mehr Wohnungen entstehen. Das geht nur durch das Bauen bezahlbaren Wohnraums. Dies wird jedoch durch den Mietendeckel konterkariert. Wer weniger Einnahmen durch seine Miete erzielt, kann nicht in Neubau investieren. Erste Wohnungsbaugenossenschaften haben geplante Projekte abgesagt. Auch jeder andere Investor benötigt langfristig Rechtssicherheit, damit sich die hohen Investitionskosten amortisieren.

Weitere Beiträge zum Mietendeckel

- [Offener Brief zum Mietendeckel](#)